

V0695/22

Ausbildungsförderung Kinderpflege

Ausbildungsförderung Erzieherinnen und Erzieher

- Ergänzungsantrag zu V0155/22/1 der Stadtratsgruppe DIE LINKE vom 18.05.2022 (V0426/22 + V0427/22) -

- Stellungnahme der Verwaltung

(Referent: Herr Engert)

Stadtrat vom 25.10.2022

Die Ergänzungsanträge der Stadtratsgruppe DIE LINKE V0427/22 und V0426/22 sowie der Antrag der Verwaltung V0695/22 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadtrat Reibenspieß sagt, er entnehme aus der Vorlage, dass die Übernahme der Ausbildungskosten gegen eine Verpflichtung, nach Ende der Ausbildungszeit drei Jahre in einer Einrichtung der Stadt Ingolstadt eintreten zu müssen, aus rechtlichen Gründen unzulässig sei. Auch wenn es ein Risiko darstelle, würde er einer Ausbildungsförderung auch ohne ein dreijährigen Verpflichtung zustimmen, da der Bedarf doch sehr groß sei.

Stadträtin Mader teilt mit, dass die Antwort in der Vorlage zum Entgelt der Kinderpflegerinnen und -pfleger für die CSU-Fraktion nicht befriedigend sei. Die Stadt Ingolstadt sollte sich hier schon frühzeitigst als attraktiver und zukünftiger Arbeitgeber präsentieren, da man auf die Praktikantinnen und Praktikanten sowie dann auf die Absolventinnen und Absolventen angewiesen sei. Deswegen bittet die CSU-Stadtratsfraktion um eine Möglichkeit, allen Praktikantinnen und Praktikanten ein Entgelt zu gewähren. Da ein Entgelt innerhalb der gesetzlichen Richtlinien nicht möglich sei, habe man an eine Art Aufwandsentschädigung oder ähnlichem gedacht. Stadträtin Mader bittet darum, hier nach einer Lösung zu suchen. Weiter bezieht sie sich auf die in der Vorlage genannten internen und externen Praktikantinnen und Praktikanten. Sie selbst habe sich zu diesem Thema schon eingelesen, würde aber eine konkrete Unterrichtung im Rahmen aller Stadträtinnen und Stadträte begrüßen. Stadträtin Mader erkundigt sich außerdem, wie viele Praktikumsplätze es für Erzieherinnen und Erzieher, Kinderpflegerinnen und -pfleger es in Ingolstadt geben und wie viele davon belegt seien.

An Stadtrat Reibenspieß gerichtet spricht sich Herr Engert nicht dafür aus, Ausbildungskosten wahllos zu übernehmen, denn man suche Erzieherinnen und Pflegerinnen für die Einrichtungen der Stadt Ingolstadt. Man wolle die Ausbildung nicht im Großen für alle Gebietskörperschaften finanzieren. Dies sei nicht die Aufgabe der Stadt Ingolstadt. Zum Thema Kinderpflegerinnen und Ausbildungskosten könne er jedoch in gewisser Weise eine Entwarnung geben, da er kürzlich vom Kultusministerium erfahren habe, dass es noch fünf Kinderpflegesschulen in Bayern, die im Moment eine Ausbildungsgebühr verlangen und das Kultusministerium nach einer Lösung suche, diese bis zum Ende des Jahres auch schulgeldfrei stellen zu können. Herr Engert hofft, dass dies auch zutreffend sei. Auf die Frage von Stadträtin Mader antwortet er, dass ein Entgelt nach der Ausbildungsordnung nicht möglich sei und man dieses auch nicht als Aufwandsentschädigung bezeichnen könne. Der Unterschied zu internen und externen

Kinderpflegepraktikanten sei, dass sich interne Praktikanten in einer Fachakademie befinden und die Ausbildung zur Kinderpflegerin durchlaufen. Diese sogenannten Internen dürfen kein Entgelt nehmen. Bei Externen handle es sich um Praktikanten, die zum Beispiel in der Mittagsbetreuung arbeiten und nicht in die Fachakademie gehen, sondern 800 Stunden Praktikum absolvieren und dann als Externe an der Prüfung teilnehmen. Die externen Praktikanten dürften selbstverständlich für ihr Praktikum eine Bezahlung bis zu 520 Euro entgegennehmen. Dies habe man allerdings bisher nicht praktiziert, da man die Meinung vertrete, dass es in den Einrichtungen zu sehr viel Unfrieden kommen würde, wenn die Externen ein Entgelt erhalten würden und die anderen nicht. Bei den Erzieherinnen sei das ein bisschen anders. Die genaue Zahl der Praktikumsplätze für Kinderpflegerinnen, wie viele Praktikantinnen Ingolstadt habe, könne man der Beschlussvorlage entnehmen. Wie viele davon besetzt seien, könne Herr Engert aus dem Stegreif nicht mitteilen. Diese Information würde er nachliefern müssen.

Stadträtin Bulling-Schröter erwähnt, dass man hierzu gerade einen oder zwei der fünf Anträge der Linken diskutiere. Drei davon seien inzwischen abgestimmt worden und diese zwei seien vor der Sommerpause in den nächsten Sitzungslauf geschoben worden, weil noch einige Prüfungen ausstanden, ruft sie in Erinnerung. Es gehe im Grunde darum, dass immer noch 200 Kinder in Ingolstadt keinen Kindergartenplatz haben, was bedeute, dass Ingolstadt mehr Personal brauche. Das sei ein dringendes Problem. Wenn sie sich die Beantwortung der Anträge ansehe, dann habe sie das Gefühl, dass überhaupt nichts voran gehe. Die Stadtratsgruppe Die Linke begehrt, dass sowohl die universitäre als auch die schulische Ausbildung so gefördert werde, dass für diejenigen, die sich eine solche Ausbildung nicht leisten können, keine finanziellen Nachteile haben. Von Seiten der Verwaltung hätten die Linken mehr erwartet als zu hören, dass aus Gründen der Ungerechtigkeit oder eines Neidaspektes, nichts getan werden könne. Für die Eltern dieser 200 Kinder hätte man sich gewünscht, dass zumindest über Lösungen diskutiert werde, kritisiert Stadträtin Bulling-Schröter.

Herr Engert weist daraufhin, dass dieses Thema bereits im Jugendhilfeausschuss diskutiert worden sei. Es sei immer leicht, von der Verwaltung zu fordern, dass sie fantasievoll sein soll, wenn die rechtlichen Vorgaben eindeutig seien, welche die Verwaltung einzuhalten habe. Die Verwaltung wisse, dass das Thema Kinderbetreuung ein extrem dringendes Problem sei. Deshalb habe man auch in den vergangenen Monaten riesige Kraftanstrengungen unternommen, Stichwort Arbeitsmarktzulage, um das Problem besser in den Griff zu bekommen. Es sei nicht so, dass die Arbeitsmarktzulage überhaupt keine Auswirkungen habe. Hier müsse man immer mit Stichtagen arbeiten, da es in dem Bereich täglich Veränderungen gebe. Zum Stichtag 01.02.2022 soll es nach den Worten von Herrn Engert in den städtischen Kitas einen Fehlbedarf von 26 Fachkräften, zum 27.09.2022 einen Fehlbedarf von 12 Erzieherinnen. Dies bedeute, dass es durchaus eine Entwicklung und Bewegung in dem Bereich gebe. Da der Fachkräftemangel jedoch sehr groß sei, sei es schwierig, alle Stellen zu besetzen. Im Jugendhilfeausschuss habe man ca. 250 Kinder unbetreut vorgestellt. Im Moment sei man bei 220 Kindern, weil man in Zuchering wieder eine Gruppe eröffnen hat können. Über die Experimentierklausel könne man nochmal 30 Kinder in Großtagesstellen versorgen, sodass die Zahl nochmal um die 30 Kinder zurückgehen wird, geht Herr Engert davon aus. Man versuche auch in Mailing solche Einstiegsgruppen einzurichten, sodass die Zahl dort auch nochmal etwas reduziert werden könne. All das seien Bemühungen, die an einem Problem arbeiten, welches man alleine nicht lösen könne. Eine solche Notlage rechtfertige allerdings nicht, einfach Dinge tun, die rechtlich nicht zugelassen seien, betont Herr Engert. Deswegen könne er dem Stadtrat gewisse Dinge, die an rechtlichen Vorgaben gebunden seien, nicht empfehlen. Es sei auch

nicht so, dass alle fünf Anträge abgelehnt worden seien. Man habe durchaus Vorschläge übernommen, welche realisierbar sind und der Stadt weiterhelfen.

Stadträtin Klein erkundigt sich, ob die auszubildenden Kinderpflegerinnen bzw. die externen Kräfte während des Praktikums BAföG berechtigt sind und ob es eine Option wäre, diese dahingehend zu unterstützen. Nach ihren Erkenntnissen sei BAföG nun vom Vermögen der Eltern unabhängig und es gebe keine Rückzahlungspflicht mehr. Dies wäre eine Möglichkeit, während der Zeit Entgelt zu bekommen, um nicht umsonst arbeiten zu müssen.

Wer ein Recht auf BAföG hat, könne Herr Engert nicht beantworten. Da die Stadt selber nicht ausbilde, sondern dies von externen privaten Schulen übernommen werde, habe man sich diese Frage noch nicht gestellt. Soweit die Auszubildenden als Schüler gelten, gebe es bei der Stadt Ingolstadt eine BAföG-Stelle, welche entsprechende Anträge bearbeite und BAföG gewähre oder diesbezüglich weiterhelfe. Eine solche Beratung wäre problemlos möglich. Herr Engert werde dies abklären.

Stadtrat Semle möchte in Erfahrung bringen, ob es Schulgelder sowohl in Fachakademien oder auch in Kinderpflegesschulen gebe. Das Schulgeld soll auf Landesebene bis zum Jahresende vermutlich abgeschafft werden.

Herr Engert teilt mit, dass er gerade die Info aus seinem Amt bekommen hat, dass BAföG-Berechtigungen bei Schülerinnen und Schülern bestehen. An Stadtrat Semle gewandt erklärt Herr Engert, dass es um Kinderpflegerinnen gehe, die im Moment Schulgeld bezahlen müssen, wenn sie in Ingolstadt eine Kinderpflegerinnenausbildung in einer Einrichtung besuchen. Das liege an der komplizierten Situation mit dem Pflegebonus. Theoretisch könnte die Schule den Pflegebonus in Anspruch nehmen, erklärt Herr Engert. Dieser setze aber voraus, dass kein Schulgeld erhoben wird. Die Höhe des Pflegebonus sei aber so, dass er das Defizit der Schule nicht decken könne, sodass das Schulgeld erhoben werden muss. Daraus folgt, dass der Pflegebonus nicht in Anspruch genommen werden könne. In Bayern gebe es nur noch fünf Schulen, die mit dem Pflegebonus finanziell nicht über die Runden kommen. Das Kultusministerium sagt, dass dies an der guten Qualität der Schulen liege. Diese sollen anders arbeiten als Schulen, denen der Pflegebonus reiche. Das Kultusministerium bemühe sich um eine Lösung, um diese fünf Schulen über den Pflegebonus so zu stellen, dass sie das Schulgeld nicht mehr erheben müssen. Dies soll bis Ende des Jahres geklärt werden. Das Ziel sei, dafür zu sorgen, dass die Ausbildung kostenfrei gestellt werden könne.

Stadtrat De Lapuente kritisiert den Redebeitrag von Stadtrat Reibenspieß. Vor wenigen Wochen und Monaten habe man im Stadtrat die Diskussion über die Arbeitsmarktzulage für die Beschäftigten geführt. Ein Mittel, was der bayerische Städtetag empfohlen habe und gesetzlich möglich sei. Er könne sich daran erinnern, dass die FW-Stadtratsfraktion gegen diesen Vorschlag gestimmt hat. Heute gehe es in der Sitzungsvorlage um Ausbildungskosten, die gesetzlich nicht erlaubt seien. Stadtrat De Lapuente hält es für keine seriöse Politik, Dinge von der Stadtverwaltung zu fordern, die rechtlich nicht zulässig seien. Der richtige Weg sei, Möglichkeiten zu schaffen, die rechtlich erlaubt seien. Deshalb habe man die Arbeitsmarktzulage eingeführt, um eine kleine Entspannung herbeizuführen. Nach den Worten von Stadtrat De Lapuente sei es erkennbar, dass die Erzieherinnen und Erzieher, die nun nach Ingolstadt kommen oder bereits vor Ort beschäftigt sind, diese Wertschätzung positiv aufgenommen haben.

Zum Thema Übernahme des Schulgeldes ergänzt Herr Engert, dass er zusammen mit dem Oberbürgermeister und den Landräten ursprünglich darüber gesprochen habe, eine

regionale gemeinsame Lösung zu finden. Dann sei jedoch die Aussage des Kultusministeriums gekommen, dass diese eine Lösung für das Thema finden möchten. Herr Engert sei dieser Sache nachgegangen und habe festgestellt, dass dies wirklich so zu sein scheint. Sollte es unerwartet doch zu keiner Lösung kommen, würde er nochmal auf die Landräte zurückkommen, um gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten.

Zur Kenntnis genommen.